

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortliche für den Inhalt: ...

Telegramme: Tagesblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 230

Freitag, den 30. September 1932

27. Jahrgang

Reichsregierung und Reichstagsausschüsse

Die Haltung des Kabinetts

Berlin, 28. September. Nach Abschluß der Untersuchung über die Reichstagsauflösung vom 12. September entsteht die Frage, wie sich die Reichsregierung in Zukunft gegenüber dem Überwachungs-ausschuss verhalten wird. Bei den Abstimmungen im Untersuchungsausschuss hat sich insofern ein Kompromiß angebahnt, als der Beschluß, die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge und Notverordnungen im Reichstag für rechtswirksam zu erklären, nicht wiederholt werden ist. Ob diese Laufsache der Regierung ausreichend erscheinen wird, um ihre Haltung gegenüber dem Reichstagsauschuss zu ändern, steht dahin. Von zuständiger Stelle wird jedenfalls erklärt, daß die Reichsregierung an ihrer Aufforderung festhalte, wonach Reichstagspräsident Goering seinen Brief zurückziehen müsse, in dem er die im Reichstag vorgenommenen Abstimmungen dem Reichskanzler mittelste. Immerhin ist eine offizielle Entscheidung der Reichsregierung über ihre weitere Hal-

tung noch nicht erfolgt, zumal im Augenblick ein akuter Anlaß dazu nicht vorliegt. Ein solcher Anlaß kann sich aber schon sehr bald ergeben. Von den Kommunisten liegt ein Antrag auf Einberufung des auswärtigen Ausschusses vor, dem sich nach Rückkehr des Reichsaußenministers nach Berlin wahrscheinlich weitere Parteien anschließen werden, sodaß mit einer baldigen Einberufung des Ausschusses zu rechnen ist. Zweifellos wird der Ausschuss dann erneut das Erscheinen der Vertreter der Reichsregierung fordern. Für den Überwachungs-ausschuss ist bisher ein neuer Sitzungstermin nicht in Aussicht genommen. Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, rechnet man mit einem Wiederzusammentritt des Ausschusses erst in etwa zwei bis drei Wochen, nachdem die Kontingentierungsverordnung der Reichsregierung erschienen ist, zu der im Ausschuss neue Anträge zu erwarten sind.

Wie man „Konjunkturfur“ machen will

Die Nationalsozialistische Korrespondenz schreibt: In Berlin wurde zu Propagandazwecken die Nr. 26 vom 14. September d. J. des NSDAP-Blattes „Deutschland erwache“ verteilt. In dieser Welle werden in dem Blatte alle Maßnahmen der Regierung in geistlicher Weise herabgesetzt. Gleichzeitig propagiert man in einem zwar recht langen, aber umso sinnloseren Artikel sein eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm unter dem Motto: „Wir wollen Wege zu Arbeit und Brot“.

Den Kern dieser Ausführungen bildet ein mit Zahlen „belegtes“ Beispiel für die Durchführung der Bebauung eines Teiles der um Berlin herum liegenden Klein-Parzellen. Was hier ernsthaft dem gesunden Menschenverstande — von wirtschaftlicher Einsicht ganz zu schweigen! — zugemutet wird, ist von Seiten so großer „Kritiker“ aber mehr als erstaunlich. Zuerst die „Finanzierung“: Da sollen von 170 000 Parzellenbestizern 40 000 sofort mit dem Bau beginnen können. Die Kosten des einzelnen Hauses werden in folgender Ausführung mit 6000 Mark angenommen. Von diesen Kosten werden 40 (Vierzig!) Prozent, also 2400 Mark, wie es wörtlich heißt, „als vorläufiger, nicht zurückzahlender Zuschuß gewährt“, während weitere 40 Prozent langfristig in etwa der bisher gezahlten Miete entsprechenden Raten abgezahlt werden sollen. Nur die restlichen 1000 Mark soll der Siedler selber aufbringen. In dieses Eigenkapital auch nicht vorhanden, so kann es der Siedler aus seinem Lohn amortisieren oder durch persönliche Mitarbeit am Bau erheben. Diese Banden sollen also u. U. zu 100 Prozent „auf Pump“ bezw. — hinsichtlich der 40 Prozent „vorläufiger Zuschuß“ — geschenkt durchgeführt werden. Diese höchst merkwürdige „Finanzierung“ besorgt — natürlich mit Staatskrediten — die „Nationalsozialistische Bau- und Wirtschaftsbank“!

Zum Unterschied von der „Konjunkturfur“ soll dieses Projekt aber doch als Hauptzweck dazu beitragen, den beschäftigungslosen Bauarbeitern Arbeit und Brot zu verschaffen und zwar, wie man wörtlich sagt, „auf jeden Fall zum Tariflohn“! Zu bezahlenden Löhnen sollen nun an den vorerwähnten Häusern 80 000 Arbeiter allein in Berlin ein volles Jahr arbeiten können! Auf Grund derzeitiger wirtschaftsfermer Hirngespinnste kommt der tüchtige Verfasser bezüglich der Baubranche dann — wörtlich — und sehr einfach zu dem Schluß: „Und wenn man die Berliner Verhältnisse ganz vorzüglich (!) auf das Reich überträgt, so ergibt sich, daß durch diese Maßnahme ... rund eine halbe Million Arbeitslose in Arbeit kommen muß!“ So sieht also eine nationalsozialistische „Konjunkturfur“ aus!!!

Ausflug der deutschen Zahlungen an Amerika

Washington, 28. Sept. Der deutsche Geschäftsträger, Vizekonsul Leitner, setzte das Staatsdepartement heute davon in Kenntnis, daß die Reichsregierung beabsichtigt, die Ende September fälligen Ratengahlungen für die amerikanischen Besatzungskosten und die Miete claims aufzuschieben. Das amerikanische Schatzamt nahm hiervon Kenntnis und übergab der Presse eine entsprechende Erklärung zur Veröffentlichung. Auf der vertraglich vorgesehenen dreimonatigen Benachrichtigungsfrist wurde von amerikanischer Seite nicht bestanden.

Die Feierlichkeiten der Wehrmacht

zum 85. Geburtstag des Reichspräsidenten

Berlin, 28. Sept. Zu Ehren des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, sind für die Wehrmacht allgemein folgende Anordnungen getroffen worden:

Sonnabend, den 1. Oktober 1932, abend: Großer Zapfenstreich in allen Standorten außer Berlin (einschließlich Truppenübungsplätzen, in denen sich Musikkorps befinden).

Sonntag, den 2. Oktober 1932: 7 Uhr großes Beeten, Beflaggen sämtlicher militärischer Dienstgebäude und Anlagen der Wehrmacht von 7 Uhr bis eine Stunde nach Sonnenuntergang. Schiffe der Reichsmarine; Ausflaggen. Militärgottesdienste in den Standorten. 12 Uhr beim Heer und bei der Reichsmarine: Paradeauffstellung der Standortstruppen und der Marineteile am Parade, Musterung der Marineteile an Bord. Ansprache der Standortältesten und Schiffskommandanten bezw. Flottillen- und Halbflottillencheffe. Vorbeimarsch der Standortstruppen. Platzmusik. Parole: „Reichspräsident Generalfeldmarschall v. Hindenburg!“

Die Nummernfolge der Parteien

Berlin, 29. Sept. Die Nummernfolge der Reichswahlvorschlüsse der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben, ist folgende:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Zentrum,
5. Deutschnationale Volkspartei,
6. Bayerische Volkspartei,
7. Deutsche Volkspartei,
8. Deutsche Staatspartei,
9. Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangel. Bewegung),
10. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei),
11. Deutsche Bauernpartei,
12. Landbund (Bairisch-oberbayerischer Bauern- und Weingärtnerbund),
13. Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei),
14. Volksrechtspartei.

Die Deutsche Volkspartei lehnt Wahlbündnisse mit regierungsgegnereischen Parteien ab

Berlin, 28. Sept. Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Verschiedene Blätter berichten über eine Konferenz von Parteiführern der Mittelparteien, die in Stuttgart stattfindet, um Verhandlungen über gemeinsame Listen für die Reichstagswahl zu führen. Es wird behauptet, daß sowohl die Deutsche Volkspartei wie auch

die Staatspartei an diesen Verhandlungen beteiligt seien. Die Deutsche Volkspartei erklärt demgegenüber, daß sie mit solchen Verhandlungen nichts zu tun hat. Für sie kommt irgendein Wahlbündnis mit einer Partei, die sich gegen die Politik der jetzigen Reichsregierung wendet, gar nicht in Betracht.

Papen und Versner kommen nach Dresden

Dresden, 28. Sept. Freiherr v. Versner, den die Reichsregierung als ihren Beauftragten für die Verbindung mit den sächsischen Ländern und dem Freistaat Sachsen ernannt hat, wird, wie wir erfahren, im Laufe der nächsten Woche der sächsischen Regierung seinen Besuch abstaten. Wie wir weiter erfahren, ist auch ein Besuch des Reichskanzlers von Papen bei der sächsischen Regierung für die nächste Zeit in Aussicht genommen worden.

Reise des Reichskanzlers nach Bayern

Berlin, 28. Sept. Reichskanzler von Papen wird am 11. Oktober nach Bayern reisen, um der bayerischen Regierung einen Besuch abzustatten. Am 19. Oktober wird Reichskanzler von Papen eine Rede vor dem Verband Bayerischer Industrieller halten.

Die Entlassungen bei der Reichsbahn

Berlin, 28. Sept. Gegenüber den Meldungen einer Gewerkschaftskorrespondenz, daß die Reichsbahn-gesellschaft neuerdings 24 000 Arbeiter entlassen wolle, wird von der Reichsbahn-gesellschaft festgestellt, daß derartige Entlassungen jetzt nicht mehr in Frage kommen. Im Laufe des August sind bereits zahlreiche Arbeiter entlassen worden, und für September waren ungefähr 30 000 weitere Entlassungen in Aussicht genommen. Diese brauchen aber nicht durchgeführt zu werden. Der weitaus größte Teil der Entlassungen kann angesichts des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung vermieden werden. Soweit ein Teil der Entlassungen durchgeführt werden muß, werden, voraussetzungslos, wiederum auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms, Neueinstellungen anderer Arbeitskräfte stattfinden, so daß die Gesamtzahl der Arbeiterkraft der Reichsbahn im wesentlichen aufrechterhalten bleibt.

Handwerk fordert Volkstreckungsschutz

Hannover, 28. Sept. Der Reichsverband des Deutschen Handwerks in Hannover hat mit Bekanntwerden der Absicht der Reichsregierung, den Volkstreckungsschutz für Landwirte zu verhängen, den Reichswirtschaftsminister seine größten Bedenken gegen die beabsichtigte Maßnahme vorgetragen. Sollte der Schutz der Landwirte nicht auf Kosten des Handwerks erfolgen, so müsse für den Handwerker der gleiche Schutz vorgesehen werden, wenn und soweit dem Handwerker die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten infolge des besondern Volkstreckungsschutzes der Landwirte un-möglich gemacht werde.

Regierungszusage am Kriegsofopfer

Berlin, 28. Sept. Der Reichsverband deutscher Kriegsofopfer e. B. hatte die zuständigen Stellen dringend gebeten, von der sozialpolitischen Vollmacht auf Grund der Notverordnung vom 4. September 1932 auf dem Gebiete der Versorgung keinen Gebrauch zu machen, bevor nicht die im Reichsausschuss der Kriegsofopfer-schädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vertretenen Kriegsofopferorganisationen gehört seien und Stellung genommen hätten. Der Reichsarbeitsminister hat nun, wie der genannte Verband meldet, unter Hin-

weis auf seine Rundfunkrede vom 6. September d. J. dem Reichsverband deutscher Kriegsofopfer e. B. mitgeteilt, daß vor der weiteren Ausführung der Ermächtigungsvorordnung die Beteiligten gehört werden sollen und daß auf ihre Mitwirkung Wert gelegt wird.

Die Vertrauenskrise des Völkerbundes

Genf, 28. Sept. In der Völkerbundversammlung wurde am Mittwochvormittag die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt. Die Ausführungen der Vertreter Polens und Paraguays, die von der Tribüne der Versammlung aus ihren Friedenswillen betonten, gaben dem Präsidenten der Versammlung, Politis, Gelegenheit, die beiden Staaten zur Befolgung der Völkerbundbeschlüsse zu mahnen, damit die „unglückselige Meinungsverschiedenheit“ aus der Welt geschafft werde.

Da in leitenden Völkerbundkreisen die Befürchtung entstanden war, daß der Abschluß der Hauptaus-sprache am zweiten Tage in der gesamten Öffentlichkeit den Eindruck der Bedeutungslosigkeit des Völkerbundes hervorrufen würde, ist an verschiedene Abord-nungen mit der Bitte um Weiterführung der Hauptaus-sprache herangerufen worden. Der Schweizerische Bundespräsident Motta sprach daraufhin zur Ver-trauenstriebe des Völkerbundes. Seine Regierung könne die Verantwortung für ein Scheitern des Völkerbundes übernehmen, der ein Bollwerk des Friedens sei. Man